



VORWORT

Fuhrpark der hessischen Polizei auf hohem Niveau

Mit der Einführung der neuen Standardstreifenwagen für die Polizeiautobahnstationen hat die hessische Polizei ein beachtliches Niveau erreicht. Bereits in den vergangenen Monaten haben die Standardstreifenwagen der Van- und Kompaktvanklasse in den Bereichspräsidien eine hohe Akzeptanz bei den Kolleginnen und Kollegen erfahren. Noch in diesem Jahr sollen die bereits vorgestellten Verkehrsdienstkontroll- und Nachführfahrzeuge sowie moderne und praxisgeeignete Polizeimotorräder den Fuhrpark der hessischen Polizei ergänzen.

Erfolg kommt nicht von ungefähr

Die Entwicklung der letzten Jahre ist umso erfreulicher, weil Initiativen des Hauptpersonalrates der hessischen Polizei nach intensiven Verhandlungen mit dem Landespolizeipräsidium dazu geführt haben, zeitgemäße und für den Polizeidienst zweckmäßige Ausstattungsvarianten zu nutzen. Allen voran der HPR-Vorsitzende Henning Möller und der stv. Vorsitzende Jens Mohrherr haben sich im wahrsten Sinne des Wortes auf den Weg gemacht und in einer landesweiten Aktion „HPR on Tour“ Erfahrungen und Wünsche bei den Dienststellen vor Ort eingeholt und gleichzeitig Fahrzeuge im Pilotstatus vorgestellt, um eine möglichst breite Diskussion zur Weiterentwicklung des mobilen Arbeitsplatzes anzuregen. Die Kolleginnen und Kollegen im Schicht- und Wechseldienst, die Spezialisten bei der Autobahnpolizei und die eingesetzten Kräfte in Sondereinheiten mit speziellen Aufgabengebieten sind Ansprechpartner der Personalräte. Die GdP ist sich ihrer Verantwortung bei der Mitbestimmung zu Arbeitsplatzfragen bewusst. Die Mühen haben sich gelohnt.

Erfreulich ist, dass die Landesregierung die nötigen Finanzmittel bereitgestellt hat, um den seinerzeit maroden Fuhrpark der hessischen Polizei auf Vordermann zu bringen.

Erinnern wir uns

Nahezu die Hälfte aller Streifenwagen erfüllte im Jahr 2001 die selbstgesetzten Aussonderungskriterien der Behörde (älter als acht Jahre oder mehr als 120 000 km).

Deswegen demonstrierte am 4. Juli 2001 die hessische GdP in Kassel vor dem Polizeipräsidium und machte den Missstand öffentlich. Der hessische Rundfunk kommentierte dies in einer Glosse mit dem Schlusskommentar à la Derrick: „Harry – hol schon mal den ADAC!“ Innenminister Volker Bouffier, erst einige Monate im Amt, bestätigte den beklagenswerten Zustand und gelobte Besserung. Der Erfolg ist nunmehr deutlich sichtbar, auch wenn die finanziellen Mittel nicht zusätzlich bereitgestellt, sondern dem Personaltopf entnommen wurden.

Unbestritten ist die Tatsache, dass der Streifenwagen weit mehr als ein bloßes Fortbewegungsmittel darstellt. Unter den erschwerten Nutzungsbedingungen des täglichen Dienstes und nicht zuletzt wegen notwendiger Einsatz- und Alarmfahrten



Ralf Dörigmann (rechts) von der PAST Baunatal und GdP-Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller (links) präsentieren den neuen Streifenwagen für die Autobahnpolizei.

müssen diese Fahrzeuge ein Höchstmaß an Fahrsicherheit und Zuverlässigkeit aufweisen. Darüber hinaus stellt ein mobiler Arbeitsplatz hohe Anforderungen an ergonomischer Gestaltung und intelligenter Raumplanung.

Einem GdP-Bundeskongressbeschluss aus dem Jahr 2006 folgend hat die Kommission „Arbeitsschutz“ im Juli 2009 ein umfangreiches Positionspapier „Arbeitsplatz Funkstreifenwagen“ entwickelt, welches als Momentaufnahme nach derzeitigem Stand der Erkenntnisse optimal erscheint.

An dieser Stelle können nur die wichtigsten Grundparameter vorgestellt werden:

- **Intelligente Raumorganisation** (geräumige Fahrgastzellen, ausreichend bemessene Laderäume/Kofferräume).
- **Alles sicher am richtigen Platz.**
- **Ergonomische Gestaltung der Fahrer- und Beifahrersitze** (Hygiene, Unempfindlichkeit, Stoff- und Farbgestaltung).
- **Zentrale Fahrzeugverriegelung bei laufendem Motor.**
- **Leistungsfähigkeit von Maschine und Fahrwerk** (Bremsanlagen, Motorenleistung, Antriebstechniken).

Weitere Detailbeschreibungen sind dem Positionspapier im Mitgliederbereich unserer GdP-Homepage zu entnehmen.

Zitat aus dem Positionspapier

„Alle Interessierten in der GdP sind hiermit aufgerufen, das Papier weiterzuentwickeln, damit unseren Kolleginnen und Kollegen auch künftig ein mobiler Arbeitsplatz zur Verfügung steht, der den jeweiligen Bedingungen der voranschreitenden Zeit entspricht.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Euer



Höhergruppierungen möglich

GdP diskutiert mit LPP Norbert Nedela über die Zukunft der Wachpolizei

„Erfolge fallen nicht vom Himmel, dafür muss man streiten“, rief Jörg Bruchmüller, Landesvorsitzender der GdP Hessen, den über 100 Wachpolizisten/-innen zu, die zur GdP-Veranstaltung „Zukunft der Wachpolizei“ ins Polizeipräsidium Mittelhessen nach Gießen gekommen waren. Es war die vierte Veranstaltung dieser Art, seit die Wachpolizei vor neun Jahren eingeführt worden ist.

Jörg Bruchmüller sowie der Polizeipräsident Manfred Schweizer als Hausherr und GdP-Mitglied begrüßten, dass die Wachpolizei auch in der GdP angekommen sei. Die GdP ist eine Gewerkschaft für alle Polizeibeschäftigten, sein Fazit!

Die Wachpolizei sei ein Erfolgsmodell in blauer Polizeiuniform, die auch mit gefahren geneigten Tätigkeiten konfrontiert werden kann. Die Bevölkerung unterscheide nicht zwischen Polizei und Wachpolizei. Dass auch ein Wachpolizist bei der Absicherung einer Unfallstelle zu Tode kommen könne, habe man jüngst schmerzlich bei dem 31-jährigen Kollegen Michael Roque erfahren müssen. Alle Teilnehmer/innen gedachten des getöteten Kollegen mit einer Schweigeminute.

Perspektiven für die Wachpolizei erarbeiten

Dass die Wachpolizei jetzt relativ gut abgesichert sei, ist auch ein Erfolg der GdP, erinnerte Jörg Bruchmüller. Sie sei nach einer solchen Veranstaltung wie heute zustande gekommen. Jetzt ist es an der Zeit, der Wachpolizei eine Perspektive aufzuzeigen, eine Höhergruppierung von BAT VIb in BAT Vc. Hieran werde bei den weiteren anstehenden Tarifverhandlungen gearbeitet, machte die GdP-Tarifexpertin Erika Büttner deutlich. Erreicht habe man, dass Tarifbeschäftigte im Schichtdienst nur 38,5 Stunden arbeiten müssen. Für Polizist/-innen gebe es das nicht, weil die Landesregierung es nicht wolle. Auch eine positive Feiertagsregelung sei erreicht worden. Die in Frage kommenden Wachpolizisten/-innen müssten bereits eine rückwirkende Zeitgutschrift erhalten haben.

Man habe für die Wachpolizei zwölf Aufgabenschwerpunkte beispielhaft festgelegt analog dem Katalog für die Hilfspolizei. Es sei aber nicht möglich, alle diese Tätigkeiten mit der Einstufung nach BAT VIb in Einklang zu bringen. Das gehe nur über eine Entgeltordnung, über die jetzt verhandelt werde, wo es bisher aber wenig Entgegenkommen der Arbeitgeberseite gegeben habe. Hilfreich seien hier Arbeitsplatzbeschreibungen der einzelnen Wachpolizisten/-innen. Da müsse dann auch über die weitere Verbesserung der Unfallversorgung gesprochen werden. „Das erscheint alles einfach, ist im Detail aber kompliziert“, erklärte Erika Büttner.

Politik will am Angestelltenstatus der Wachpolizei nichts ändern

Landespolizeipräsident Norbert Nedela, Hauptredner der Veranstaltung, verwies darauf, dass man komplizierte Dinge auch vereinfacht sehen könne. Die vorangegangene Veranstaltung der GdP mit der Wachpolizei in 2006 habe dazu geführt, dass es Verbesserungen in der Unfallfürsorge gegeben habe.



Interessante Unterhaltung, v. l., LPP Norbert Nedela, Jörg Bruchmüller, PP Manfred Schweizer.

Das zeige, dass das Landespolizeipräsidium den richtigen Weg eingeschlagen habe, auch wenn weitere Verbesserungen notwendig seien. Stefanie Soucek, Leiterin LPP 3 und Fachfrau für Personalfragen, musste in der späteren Diskussion erklären, warum man den Unfallschutz nur „analog“ dem der Polizeibeamten/-innen umsetzen könne.

Norbert Nedela versicherte glaubhaft, dass sein Haus alles möglich mache, was gesetzlich erlaubt sei. Das Erreichen einer besseren Versorgung sei eine Sternstunde gewesen, bilanzierte er. „Vielleicht erleben wir heute bei dieser Veranstaltung wieder eine Sternstunde, wenn es um Besoldung, Versorgung und Arbeitssituation geht“, machte er den Teilnehmer/-innen Hoffnung. Von einst 110 Wachpolizisten/-innen sei man bei 380 angekommen und es werden 150 mehr, nach Verabschiedung des Haushalts 2009. Eingestellt worden seien sie allerdings als Angestellte für Aufgaben ohne hohe Eigengefährdung. Daran wolle die Politik auch nichts ändern, unterband er eine Diskussion in Richtung Verbeamtung und mittlerer Dienst.

Bekenntnis zur zweigeteilten Laufbahn

Die Wachpolizei sei Teil der hessischen Sicherheitsarchitektur, heute mit breit gefächertem Tätigkeitsfeld und breit gefächelter Verantwortung, gut ausgebildet und ausgerüstet für Aufgaben, die kein dreijähriges Studium erfordern. Hessen habe als einziges Bundesland die zweigeteilte Laufbahn komplett umgesetzt und daran soll sich auch nichts ändern.

Norbert Nedela bedankte sich bei der Wachpolizei für die geleistete Arbeit, die Schupo und Kripo entlaste und die dazu beitrage, das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu erhöhen. Das LPP prüfe, auch mit Rückendeckung des Ministers, wo trotz schwieriger wirtschaftlicher Situation Optimierungen vorgenommen werden könnten. Die Polizei sei das einzige Ressort in Hessen, das in den vergangenen zehn Jahren zugelegt habe. Das Haushaltsvolumen ist von 733 Mio. auf 1,1 Mrd. Euro gestiegen. Sicherheit sei wichtig, müsse aber bezahlbar bleiben. LPP Nedela warb um Verständnis, dass nicht alles auf



GdP-VERANSTALTUNG „WACHPOLIZEI“



Gut besucht war die GdP-Veranstaltung zur Zukunft der Wachpolizei.

einmal verbessert werden könne. Verbesserungen gingen immer zu Lasten anderer Ressorts und dort schaffe man sich damit keine Freunde. Es sei Kreativität gefragt, um mehr zu erreichen.

Höhergruppierungen nach BAT Vc in Aussicht gestellt

Fast untergegangen wäre die frohe Botschaft, die der Landespolizeipräsident in seiner Rede verpackt hatte. In seinem Hause werde geprüft, wie man Höhergruppierungen der Wachpolizei nach BAT Vc erreichen könne. Es gebe allerdings bei den Tätigkeitsmerkmalen im BAT viele unbestimmte Rechtsbegriffe, die der Auslegung bedürften, dämpfte er zunächst die Erwartungen. „Das Berufsbild „Wachpolizei“ gibt es im BAT nicht“, zeigte er auf, wo das Problem liegt. Vielseitige Fachkenntnisse und selbstständige Tätigkeiten seien für eine Höhergruppierung erforderlich. Um hier voranzukommen, plane das LPP die Entscheidung über Eingruppierungen zu den Flächenpräsidien zu verlagern. Dort könne individuell und flexibel gehandelt werden, weil dort pragmatisch und praxisbezogen unterschiedliche Bedarfe definiert und umgesetzt werden können. Die getroffenen Entscheidungen würden vom LPP wohlwollend begleitet.

Die Idee eines Bewährungsaufstiegs habe man fallen lassen müssen. Das sei bei BAT VIb nicht vorgesehen. Jetzt werde geprüft, wie durch weitere zusätzliche Aufgaben die Tätigkeitsmerkmale „selbständige Leistung“ erhöht werden könnten, um eine Lösung zu erreichen, deutete der Landespolizeipräsident an.

Tatortarbeit mit Spurensicherung und Spurenauswertung sei beispielsweise eine solche Möglichkeit. Das sehe man bei den nach BAT Vc bezahlten Kriminaltechnischen Angestellten (KTA). Dazu sei eine weitere Fortbildung notwendig. Die Qualität der Tatortarbeit solle verbessert werden, um mehr Täter überführen zu können. Eine solche Qualitätsoffensive eröffne ggf. Perspektiven für die Wachpolizei.

Als weitere mögliche Tätigkeitsfelder nannte er die Verkehrsüberwachung, die Asservatenverwaltung und die Dokumentenprüfung. Mit einer Qualitätsverbesserung könne auch hier der Umfang der selbstständigen Tätigkeit erhöht werden. Man sei auf einem guten Weg. Auch andere Aufgabenfelder würden geprüft. Als nächster Schritt soll die Verwaltungsvor-

schrift zur Wachpolizei geändert werden. Unter Hinweis auf die noch nicht verabschiedeten Haushalte 2009/2010 ließ Norbert Nedela erst hier die Katze aus dem Sack. „**Ich hoffe auf Höhergruppierungsmöglichkeiten im hohen zweistelligen Bereich, vielleicht schaffen wir die Dreistelligkeit.**“

Man habe mit der GdP besprochen, hier möglichst weit voranzukommen. Die Wachpolizei sei integrierter Bestandteil der Polizei und aus ihr nicht mehr wegzudenken. Da sei er sich mit dem GdP-Vorsitzenden einig.

Die Tür könnte noch weiter aufgestoßen werden

Jörg Bruchmüller griff den Ball auf, sprach von einem weiteren Meilenstein von rund 25 Prozent Höhergruppierungsmöglichkeiten für die Wachpolizei. Er dankte dem LPP für die „Initialzündung“, machte aber auch deutlich, „dass die Tür noch weiter aufgestoßen werden könnte, angesichts der breiten Palette möglicher Tätigkeiten.“

Lebhafte Diskussion

In der anschließenden lebhaften Diskussion ging es in erster Linie um eine verbesserte Unfallversorgung. Harald Nau, PR-Mitglied in Mittelhessen, machte am Beispiel einer Jahrmarktsschlägerei, wo ein Schupo und ein Wachpolizist verletzt worden seien, den Unterschied deutlich. Bei längerer Krankheit entstände den Angehörigen der Wachpolizei, im Gegensatz zum Schupo, unter Umständen ein Gehaltsverlust von rund 500 Euro monatlich. Stefanie Soucek versuchte es damit zu erklären, dass die Wachpolizei nur den normalen Angestelltenstatus habe. Das könne auf die Dauer aber nicht gehen, empörte sich Jörg Bruchmüller. Die Wachpolizei sitze nicht am Schreibtisch, sie sei draußen auf der Straße und trage ihre Haut zu Markte.

Norbert Nedela versprach, eine analoge Anwendung zu prüfen, verwies aber auch auf Lösungsmöglichkeiten im Rahmen der anstehenden Tarifverhandlungen und auf die Beratungen zur Dienstrechtsreform. Hessen habe im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten bisher immer großzügig entschieden. Es gehe nicht darum, einen Euro zu sparen, versicherte er. Hier würden keine Gegensätze aufgebaut. Es würden Mittel und

Fortsetzung auf Seite 4



GdP-VERANSTALTUNG „WACHPOLIZEI“

Fortsetzung von Seite 3

Wege gesucht, betroffenen Kollegen/-innen zu helfen.

Der Landespolizeipräsident versprach auch über diese Veranstaltung hinaus (sie sollte jedes Jahr stattfinden) den Dialog mit der Wachpolizei. Alle dürften ihm ihre Vorstellungen von Veränderungen mailen. Alle bekämen eine angemessene Antwort. Jörg Bruchmüller erklärte dazu, dass Harald Nau bereits ein vierseitiges Papier mit Verbesserungsvorschlägen erarbeitet habe.

Eine Absage aus juristischen Gründen erteilte Nedela einer „Polizeizulage“ für die Wachpolizei. Fast alle Bundesländer hätten mittlerweile in allen Berufszweigen die Zulagen „eingedampft“.



Mit einem Polizei-Teddy bedankte sich Jörg Bruchmüller bei Stefanie Soucek für ihre fundierten Aussagen.

Wachpolizei abgelehnt). Mathias Schack, PR-Mitglied in Südosthessen, fragte nach Versetzungsmöglichkeiten bei künftigen Neueinstellungen. Hier sagte der LPP Vorschaltausschreibungen – im Rahmen der Einstellung der 150 neuen Wachpolizisten und Wachpolizistinnen – zu, wie auch bei der Polizei. Das müsse aber mit den Personalräten und der Behördenleitung geregelt werden.

Breiten Raum nahm auch die Diskussion „Rente mit 67“ ein. Wenn es bei „Justizvollzugsangestellten“ eine Sonderregelung gebe, könne man das doch auch für die Wachpolizei als „Polizeivollzugsangestellte“ machen. Es könne nicht angehen, dass diese Kollegen/-innen noch mit 67 Jahren im Streifenwagen säßen. Das werde sicher nicht der Fall sein, schaltete sich PD Hellmut Lohse (LPP 1) ein. Da

werde man eine Lösung finden, wie bei älteren Polizeibeamten/-innen auch.

Versetzungsmöglichkeiten durch Vorschaltausschreibungen

„Von Lob alleine kann ich keine Familie ernähren“, meinte ein Redner unter dem Beifall seiner Kollegen/-innen und fragte, wieso Kommunen Hipos nach BAT Vc bezahlen könnten und das Land die Wachpolizei nicht. Die Antwort stellte ihn nicht zufrieden. Jörg Bruchmüller versprach aber, dass man dieses Thema bei den anstehenden Verhandlungen im Auge behalten werde. Die Wertschätzung des Berufs erfolge auch über Geld. Gefragt wurde auch nach Lebensalterstufen und der Anwendung von IZEMA (wird als nachteilig von der

GdP bleibt am Ball

„In der heutigen Zeit eine solche Tür aufzumachen, ist nicht selbstverständlich“, bedankte sich Jörg Bruchmüller in seinem Schlusswort noch einmal für die angekündigten Höhergruppierungsmöglichkeiten, auch wenn das in der Diskussion wegen angestaumtem Frust etwas untergegangen sei. Der Wachpolizei versprach er, dass die GdP für weitere Verbesserungen kämpfen werde. **„Die GdP bleibt am Ball“.** *Norbert Weinbach*



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Hessen**

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27

Redaktion:
Ewald Gerk (Vi.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Bodo Andrae
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

KREISGRUPPE WIESBADEN

Einladung zur Jahreshauptversammlung

Wann? Montag, 31. August 2009, 12.30 Uhr

Wo? Hessische Polizeischule, Kantinennebenraum

Gäste: Jörg Bruchmüller, Landesvorsitzender, Peter Wittig, Bezirksgruppenvorsitzender

Themen: Gewerkschaftspolitische Berichte und Aussprache

Rechtsschutz in der GdP (Jürgen Aschenbrenner, Rechtsschutzbeauftragter)

Neuwahlen des Kreisgruppenvorstandes

Es lädt Euch herzlich ein und erwartet ein zahlreiches Erscheinen

Michael Wenzek, KG-Vorsitzender

BEZIRKSGRUPPE OSTHESSEN

Neuer Termin der Seniorentagung in Niederjossa

Am **27. August 2009, um 10.00 Uhr**, veranstaltet die GdP-Osthessen ihre diesjährige Seniorentagung im Sportlerheim in Niederjossa.

- **Vormittags referiert der Leiter der Beihilfestelle über Aktuelles zum Beihilferecht.**
- **Nachmittags gibt es einen weiteren Vortrag vom zuständigen Sachbearbeiter beim RP Kassel über die Pflegeversicherung.**

Anmeldungen an: Hermann Müller, Tel. 0 66 52/46 22, Ewald Gerke, Fax 06 61/ 9 01 35 24, E-Mail: gdp-osthessen@onlinehome.de

Bezirksgruppe Osthessen



Der lange Weg zur Hochschule

In der bundesdeutschen Polizei steht der Name „Hiltrup“ als Synonym für die Ausbildung des höheren Polizeivollzugsdienstes. Wer innerhalb der Polizei das Wort: „Hiltrup“ ausspricht, meint nicht die ehemals eigenständige Gemeinde vor den Toren der Friedenstadt Münster (Stadt des westfälischen Friedens). Vielmehr ist in Polizeikreisen mit Hiltrup die Polizeiführungsakademie gemeint. Diese ging aus dem „Polizei-Institut-Hiltrup“ hervor und steht in gemeinschaftlicher Trägerschaft der Bundesländer und des Bundes. Die Finanzierung ist ebenfalls eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern und erfolgt nach dem „Königsteiner Schlüssel“. Dieser legt fest, in welcher Höhe sich die einzelnen Länder und der Bund an der Finanzierung beteiligen müssen.

Am 6. Juni 1997 fasste die Ständige Konferenz der Innenminister und Innensenatoren der Länder (IMK) den Beschluss, die Polizei-Führungsakademie in Münster zu einer Hochschule der Polizei in der Trägerschaft der Innenressorts der Länder und des Bundes weiterzuentwickeln. Der Beschluss enthält die Maßgabe, dass der angebotene Studiengang praxisbezogen ist, die bisherigen Einwirkungsmöglichkeiten von Bund und Ländern erhalten bleiben und die Veränderung kostenneutral erfolgt.

Die durch die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes (HRG vom 20. August 1998) eingeleitete Entwicklung machte das System der gestuften Studiengänge und der international vergleichbaren Abschlüsse Bachelor und Master auch in Deutschland verbindlich. Die Entwicklung eines Europäischen Hochschulraums, der so genannte Bologna-Prozess, führte zudem erstmalig in der Geschichte des deutschen Hochschulwesens ein Qualitätssicherungsverfahren (Akkreditierung) als Basis der Zulassung neuer Studiengänge ein. Ausgangspunkt dieser Entwicklung war die gemeinsame Erklärung der Europäischen Bildungsminister zum Europäischen Hochschulraum vom 19. Juni 1999 in Bologna, die das Ziel hat, Studiengänge in Europa vergleichbar zu machen, sie zugleich optimierter auf die Anforderungen der beruflichen Praxis auszurichten und durch ein vergleichbares Bewertungssystem an den Hochschulen verschiedener europäischer Länder studierbar zu machen. Der Aspekt der internationalen Vergleichbarkeit der Studienabschlüsse erlangt vor dem Hintergrund der zunehmenden Europäisierung der polizeilichen Bildungsarbeit und der Zusammen-



arbeit im Netzwerk der europäischen Polizeiakademien und Polizeihochschulen (CEPOL) auch für die polizeiliche Aus- und Fortbildung zunehmende Bedeutung.

Nachwievor ist es die Hauptaufgabe und Ziel der DHPol zukünftige Führungskräfte mit den notwendigen Grundlagen auszustatten. Besonderes Gewicht hat dabei neben der Vermittlung von Fachkenntnissen die Entwicklung von sozialer Kompetenz und von Führungskompetenzen auf der Grundlage eines berufsethischen Wertebewusstseins.

Aber auch die Weiterbildung der Führungskräfte nimmt dabei eine wichtige Rolle ein. Nur wer sich einem ständigen Fortbildungsprozess stellt, hat auch in Zukunft die Voraussetzung für die Aufgabe als Führungskraft in der Polizei.

Hessische GdP informiert sich vor Ort

Auf Einladung des hessischen Vertreters an der DHPol, Ltd. PD Gerd Thielmann, der gleichzeitig Fachbereichsleiter für Einsatzlehre ist, informierte sich ein Teil des geschäftsführenden Landesvorstandes vor Ort.

Die Entstehung, Organisation, Finanzierung und Aufgabe der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) erläuterte Gerd Thielmann den hessischen GdP-Gewerkschaftern. Bei dem sich anschließenden Rundgang durch die DHPol wurden die Zeitabschnitte des Ausbaus ebenso deutlich wie die Probleme bei Renovierungs- bzw. Erweiterungsmaßnahmen. Bedingt durch die gemeinschaftliche Finanzierung durch Bund und Länder geht oft sehr viel Zeit ins Land bis es endlich losgehen kann.

Das gewonnene Gesamtbild zeigt, dass die Aus- und Fortbildung der Polizeiführungskräfte an der DHPol in „guten Händen“ ist. Der eingeschlagene Weg in Richtung Europa ist für die Polizei insgesamt gesehen wichtig. Schon lange nicht mehr agieren die Polizeien auf eigenem Terrain. Die Straftäter agieren international – die nationalen Polizeien brauchen hierauf Antworten und Handlungskonzepte.

Weitere Informationen zur Masterausbildung, Aufgaben der CEPOL sowie des Polizeitechnischen Instituts werden in den kommenden Ausgaben näher betrachtet. *Ewald Gerke*



Ltd. PD Gerd Thielmann wechselte vor einigen Jahren vom PP Nordhessen zur DHPol und ist dort verantwortlich für den Bereich Einsatzlehre.



In der Aula sind die Flaggen aller Bundesländer und des Bundes zu sehen. Stolz präsentieren v. l.: Mike Messer, Jörg Bruchmüller, Gerd Thielmann und Ibrahim Hijazi die hessische Fahne.



Deutsche Geschichte: Ein Originalsegment der Berliner Mauer ist auf dem Gelände der DHPol aufgestellt worden. Es soll an die deutsche Teilung, das Leben in zwei deutschen Staaten und die Wiedervereinigung erinnern.

Frauen und Männer sind bei der GdP auch im Rentenalter im Geschäft

Wer als Mitglied der Gewerkschaft der Polizei in den Ruhestand geht, sei es als Rentner/-in oder Versorgungsempfänger/-in, der ist nicht vergessen. Sein Mitgliedsbeitrag reduziert sich ein wenig, so wie seine Bezüge auch, aber die Rechte bleiben die gleichen. Zu diesen Rechten gehören unter anderem Rechtsschutz, Bildung und Information. Die Information kommt in erster Linie von den Kreisgruppen und den Landesbezirken aber auch durch die Zeitschrift „Deutsche Polizei“. Organisiert sind die GdP-Senioren/-innen demokratisch, d. h. von der Kreis- über die Bezirksgruppe bis hin zum Landes- und Bundesseniorenvorstand. Dort werden ihre Interessen wahrgenommen und an die entsprechenden Gewerkschaftsgremien weitergeleitet. Verantwortlich sind der stellvertretende Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut sowie die Sekretäre Hans Adams und Dietmar Michael (Bildung).

Auf allen Ebenen gibt es unterschiedliche Angebote. Zur Bildung gehören neben besonderen Informationsschriften auch Seminare und Reisen. Diese Reisen sind oft Informationsveranstaltungen der GdP, so wie die auf Bundesebene angebotenen Seniorenfahrten.

AnsprechPartnerSenioren

Beim Bundeskongress in Magdeburg wurde ein Antrag von Berlin angenommen, ein „Aktivprogramm für Senioren“ zu erstellen. Dieses Programm wurde erarbeitet, **mit den Schwerpunkten** **Vorsorge, Bildung, Reisen**, und in Form einer Arbeitsmappe (Aktenordner mit entsprechendem Inhalt) allen Untergliederungen der GdP angeboten. In weiten Teilen der Republik ist dieses „AktivProgrammSenioren“ (wir erkennen die Abkürzung **APS**, die auch mit „AnsprechPartnerSenioren“ übersetzt werden kann) auch angekommen und in eine aktive Seniorenarbeit umgesetzt worden. Dazu gehören zum Beispiel Seminare zur „Vorbereitung auf den Ruhestand“, zum Thema „Gesunde Ernährung“ oder „Fit im Alter durch Bewegung“.

Alle Organisationen hatten und haben ihre eigenen Vorstellungen, wie man Aktivitäten für Senioren/-innen entwickelt. Im Laufe der Zeit sind die Unterlagen des APS-Ordners aber in die Jahre gekommen, auch wenn sie hin und wieder aufgrund gesetzlicher Änderungen erneuert wurden. Pflegeversicherung, Krankenversicherung, Rentenversicherung, Betreutes Wohnen, Erben und Vererben, Vorsorgeverfügungen sind nur einige der Themen, die von der Politik verändert wurden oder im Moment noch in der Veränderung sind. So wurde beim Bundeskongress 2006 beschlossen, das „APS“ zu aktualisieren. Dem ist der Bundesseniorenvorstand nachgekommen und hat sich generell Gedanken gemacht über eine Erneuerung und Verbesserung dieses Programms für Senioren/-innen. Erste Ideen wurden in Arbeitsgruppen in Prieros entwickelt und dann von Dietmar Michael und Hans Adams umgesetzt. In zwei Multiplikatorenseminaren wurde dieses erneuerte Programm den Seniorenvertretern der Bundesländer vorgestellt und überarbeitet. Bundesseniorenvorstand und Bundesvorsitzende haben ihr „OK“ gegeben und so kann beim Bundeskongress 2010 „Vollzug“ gemeldet werden.



renewed program was presented to the representatives of the federal states and revised. The Bundesseniorenvorstand and Bundesvorsitzende gave their „OK“ and so it can be reported at the Bundeskongress 2010 as „Vollzug“.

APS im Internet

Zwei ganz wichtige Punkte wurden dabei herausgearbeitet. Zum einen ist das Programm so umfangreich, dass es nicht mehr in einem Ordner unterzubringen ist. Die einzige Möglichkeit ist die Veröffentlichung auf der Internetseite der Bundes-GdP, allerdings nur im Bereich für Mitglieder, in den man sich gesondert einloggen muss. Dort gibt es dann Links auf die verschiedenen Themen und Adressen, wo und wie man sich informieren kann, was man herunterladen kann für eigene Informationsbroschüren, zur Information an Stammtischen der Senioren/-innen, für Seminare oder auch für Reisen. Die zweite wichtige Erkenntnis war, dass man dieses Programm nicht nur den gewählten Seniorenvertretern oder den entsprechenden Bildungsbeauftragten der Senioren/-innen zugänglich machen sollte, sondern allen Senioren/-innen der GdP. Es ging sogar noch einen Schritt weiter. Das Programm ist nämlich nicht nur für Senioren/-innen interessant, sondern eigentlich für alle Mitglieder. Von daher wurde beschlossen, es zwar als „APS“ weiter laufen zu lassen, es aber allen Mitgliedern im geschützten Bereich zu öffnen.

Erweiterter Themenkreis

Bei den Multiplikatorenseminaren in Prieros informierte Dietmar Michael die Teilnehmer/-innen über Themen, die bisher so noch nicht im APS-Ordner enthalten waren. Dazu gehörten u. a. Sicherheitstipps für Senioren/-innen, Patiententipps zu IGeL-Leistungen in der Arztpraxis (Zusatzleistungen), Checkliste zum Erkennen einer guten Arztpraxis, Sport im Alter (mit verschiedenen Trainingsprogrammen), Anleitung zur Benutzung des Internets, Reisevorbereitungen für Senioren/-innen, Unfallfrei leben im Alter und auch das etwas heikle Thema Sex im Alter.

Stephan Egbert, Landesdirektor Ost der Signal-Iduna Versicherung/PVAG (Partnerorganisation der GdP) stellte nicht nur den Aufbau und die Geschichte dieser Versicherung vor (die jetzt auch den „Deutscher Ring Krankenversicherung“ übernommen hat und die „DEURAG-Rechtsschutzversicherung“), sondern auch die verschiedenen Programme zur privaten Altersvorsorge, zum Unfallschutz im Alter, Pflegezusatzversicherungen und einiges andere mehr vor. Die Ökotrophologin Dr. Christiana Gerbracht vom Deutschen Institut für Ernährungsforschung berichtete über neueste Erkenntnisse zur Rolle der Ernährung vor der Entstehung von Krebs, die Auswirkungen der Ernährung auf den Diabetes Typ II (früher als Altersdiabetes bezeichnet), über den Energiebedarf älterer



APS – AKTIVPROGRAMM FÜR SENIOREN

Menschen, den Einfluss des Körpergewichts auf die Gesundheit oder das veränderte Essverhalten im Alter. Rechtsanwältin Andrea Zöfl informierte über den neuesten Stand der Gesetzgebung/Rechtsprechung in Sachen Vorsorgevollmacht, Betreuungs- und Patientenverfügung. Wenn der Erneuerungsprozess jetzt abgeschlossen ist, dann muss man lernen, mit diesem Programm umzugehen. Das heißt für die Seniorenvertreter/-innen auf allen Ebenen, unter Umständen auch PC-Seminare für Senioren durchzuführen.

Ältere Mitglieder müssen allerdings auch in Zukunft schriftlich oder mündlich informiert werden, damit sie auf dem Laufenden sind. Das neue „AktivProgrammSenioren“ zeigt einmal mehr, dass Mitglieder der GdP auch im Ruhestand nicht alleine gelassen werden. Gut informierte aktive Senioren/-innen sind in der heutigen Zeit wichtiger denn je, bei allen möglichen Gelegenheiten, ihre Kollegen/-innen im aktiven Dienst zu un-



Stephan Egbert, Landesdirektor-Ost der Signal-Iduna/PVAG, informiert beim Multiplikatorenseminar APS in Prieros über den Aufbau und die Programme dieser Partnerorganisation der GdP.

terstützen – nicht nur bei öffentlichen Demonstrationen. Das neue „APS“ zeigt: Die Senioren/-innen der GdP gehören nicht zum alten Eisen. **Norbert Weinbach**

LESERBRIEF

Polizisten zunehmend unter Druck

Zu viele Polizisten sind am Ende ihrer Kräfte: „Die Ursachen hierfür sind vielfältig. Das beginnt schon beim unzureichenden Respekt durch die Bezeichnung „Bulle“ in weiten Kreisen der Bevölkerung.

Es setzt sich fort durch eine dramatisch gestiegene Gewaltbereitschaft gegenüber den Polizeibeamten wie bei den Krawallen zum 1. Mai in Berlin mit über 300 verletzten Beamten. Dort haben linke Chaoten billigend in Kauf genommen, dass Beamte getötet oder schwer verletzt werden ... Was man unserer Polizei bei nächtlichen Einsätzen vor allem in den Großstädten zumutet, wird im Privatfernsehen dokumentiert.

Schlägereien vor Discos, gewaltsame Familienstreitigkeiten, Einbrüche, Verfolgungsjagden mit Schusswechsel, Messerstechereien, Aufmärsche von Rechten und Linken mit Gewaltbereitschaft, Rauschgiftdelikte, Gewalt und Randalie bei sportlichen Großveranstaltungen, Gewalt aufgrund religiöser und ethnischer Anschauungen usw.

Das zunehmende Konfliktpotenzial ist zurückzuführen auf eine verfehlte Einwanderungs- und Integrationspolitik, mangelnde Bildung und eine Zunahme erziehungsunfähiger Eltern, die Kinder und Jugendliche sich selbst überlassen. Dies ist der Nährboden für künftiges kriminelles Handeln. Der Staat kann trotz aller Bemühungen, den Mangel an erzieherischer Kompetenz nicht ausgleichen. Die Arbeitsbedingungen unserer Polizisten mit immer mehr Nachteinsätzen, mehr Überstunden, Personalmangel, stetig wechselnden Aufgabefeldern, mit mangelnder Rückendeckung durch Vorgesetzte bzw. durch Politik und Justiz sind oftmals nicht dazu geeignet, für Recht und Ordnung zu sorgen. Da muss man sich nicht wundern, wenn viele Polizisten am Ende ihrer Kräfte sind.“

(abgedruckt in:

Offenbach-Post am 13. Juni 2009)

TARIFBEREICH

Stellensituation bei der hessischen Polizei

Schon im Jahre 1998 beschäftigte uns besonders die Situation der Tarifbeschäftigten bei der Polizei. Hat sich in den letzten elf Jahren etwas geändert?

- Damals gab es eine Stellenbesetzungssperre von einem Jahr und wir haben gefordert, diese auf ein halbes Jahr zu verkürzen.
- Heute gibt es die 50%-Regelung, das heißt nur jede zweite, freie Stelle kann wieder besetzt werden.

Nein – werden jetzt die Spezialisten sagen – ihr könnt doch alle Stellen mit Beschäftigten aus dem Landesbereich besetzen.

Die erlaubte Besetzung durch Beschäftigte aus dem Landesbereich ist eine Farce. Es gibt keine geeigneten Bewerber mehr aus den Innenbereichen – sie sind alle schon vermittelt, bzw. sind im eigenen Bereich unentbehrlich.

Was geschieht 2009?

Wir bekommen neue Stellen für die Wachpolizei, die nur in ausgesuchten Bereichen eingesetzt werden sollen.

Durch die Einsparungen der o. a. 50-Prozent-Regelung verschieben wir die Tarifstellen der allgemeinen Verwaltung zur Wachpolizei und bekommen eigentlich gar keine neuen Stellen. Ist dies eine seriöse Stellenpolitik? Kann man behaupten 150 neue Stellen für Wachpolizei geschaffen zu haben, wenn diese Stellen im gleichen Ressort eingespart werden müssen?

Abgänge durch die PVS haben unseren Bestand im Tarifbereich schon erheblich reduziert. Selbst wenn immer wieder Stellen für besondere Bereiche zugewiesen wurden, ging das auf Kosten der Stellen in der Fläche. Es ist genug gespart worden! Wir fordern die Möglichkeit der sofortigen Besetzung von frei werdenden Stellen.

Auch eine Polizeibehörde kann nur funktionieren, wenn ihre Verwaltung ausreichend besetzt ist. Verwaltungsstellen, ob im Beamten- oder Tarifbereich, müssen ausreichend vorhanden sein.

Erika Büttner



Wir vermissen Gisela Heimrich



† **Gisela Heimrich**

Mit großer Bestürzung haben wir als Gewerkschaft der Polizei, Kreisgruppe Hessisches Bereitschaftspolizeipräsidium, das Ableben unserer geschätzten Kollegin Gisela Heimrich zur Kenntnis nehmen müssen. Im Alter von 62 Jahren erlag Gisela ihrer schweren Erkrankung, die plötzlich und unerwartet aufgetreten war und ihr Leben, gewerkschaftlich wie dienstlich, von heute auf Morgen stagnieren ließ.

Gisela Heimrich hatte sich seit ihrem Eintritt in den öffentlichen Dienst im Jahr 1970 eine Reputation erworben, die vorbildlich war. Nach der Neuorganisation der hessischen Polizei im Jahr 2001 wechselte sie zum Hessischen Bereitschaftspolizeipräsidium, um dort als Verwaltungsangestellte im Sachgebiet V3 ihre Erfahrungen einzubringen. Insbesondere im Tarifbereich konnten wir auf ihren fundierten Sachverstand zählen. Werner Larem, einer der gewerkschaftlichen Begleiter und damaliger Präsident des Bereitschaftspolizeipräsidiums hat sie damals zu diesem Schritt mit bewegt. Lange Jahre war Gisela auch Vertreterin der Tarifbeschäftigten im Landesbezirksvorstand der Gewerkschaft der Polizei in Hessen. Darüber hinaus hat sie sich immer für die frauenpolitischen Dinge innerhalb der GdP eingesetzt. Ich werde einen Workshop im Jahr 2003 nie vergessen, in welchem sich die hessische Landesfrauengruppe neu strukturiert hat! Ohne Giselas Ideen und Erfahrungen wäre es nicht gegangen – ich habe als Workshopleiter damals selbst davon partizipiert! Auch der kommissarische Behördenleiter des HBPP würdigte Giselas Wirken: „Mit Gisela Heimrich verliert die Hessische Bereitschaftspolizei eine hervorragende Mitarbeiterin. Mit ihrer großen Sach- und Fachkenntnis im Tarifbereich war sie eine wichtige Stütze und Ratgeberin für die Behördenleitung. Ihre Zuverlässigkeit und vorgelebte Dienstauffassung waren beispielgebend. Wir trauern mit ihren Angehörigen und werden Frau Heimrich ein ehrendes Andenken bewahren“.

Die Gewerkschaft der Polizei trauert um eine streitbare Kollegin, die das Gemeinwohl immer im Fokus ihres Wirkens betrachtete.

Jens Mohrherr, Bereitschaftspolizei

Das PP Südosthessen trauert um Michael Roque



† **Michael Roque**

In den frühen Morgenstunden des 11. Juni 2009 ist unser Kollege Michael Roque während der Dienstausbung bei einem tragischen Verkehrsunfall auf der Autobahn 66 zwischen den Anschlussstellen Gelnhausen-Ost und Bad Orb im Alter von 31 Jahren ums Leben gekommen.

Gegen 5 Uhr wollte Kollege Roque die Absperrung an einer Unfallstelle erweitern, als er bemerkte, dass ein Transporter vor der Einsatzstelle ins Schleudern kam. Er versuchte noch, sich durch einen Sprung über die Leitplanke in Sicherheit zu bringen. Dort wurde er jedoch von dem Fahrzeug erfasst und erlitt schwerste Verletzungen. Er wurde in ein Krankenhaus gebracht, wo er wenig später verstarb.

Die Behördenleitung und der Personalrat des PP Südosthessen sind tief erschüttert ob des tragischen Unfalls unseres Wachpolizisten und sprechen im Namen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Angehörigen ihr aufrichtiges Mitgefühl aus.

Heinrich Bernhardt

Polizeipräsident

Rudolf Ott

Vorsitzender des Personalrats

ES VERSTARBEN

Michael Roque
Hans-Joachim Saloch
Kreisgruppe Offenbach
Gisela Heimrich
Karlheinz Böhm

Eva Cernay
Maximilian Gilberger
Bezirksgruppe
Frankfurt a. M.

*Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes
Andenken bewahren*

